



DAS EUROPA, DAS WIR VERDIENEN

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION NACH LISSABON

DR. CÉLINE-AGATHE
CARO

*Koordinatorin für Europa-
politik, Europäische und Inter-
nationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Coordinator for European Politics,
Department of European and
International Cooperation,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Im Jahr 1945 veröffentlichte der französische Widerstandskämpfer und ehemalige KZ-Häftling deutsch-jüdischer Herkunft, Joseph Rován, einen berühmt gewordenen Aufsatz. Unter dem Titel „L’Allemagne de nos mérites“ (Das Deutschland, das wir verdienen) appellierte er an Frankreich, Deutschland die Hand zu reichen, für seine demokratische Entwicklung zu sorgen sowie zur Versöhnung unter den Völkern beizutragen. Für Rován lag darin eine moralische Verpflichtung Frankreichs – gegenüber dem besiegten Land, aber auch gegenüber Frankreich und Europa, und es verlangte zugleich Mut und historischen Weitblick. In diesem Geist arbeiteten Robert Schuman und Jean Monnet, dann Charles de Gaulle und Konrad Adenauer an der deutsch-französischen Versöhnung, die den Weg zum europäischen Einigungsprozess eröffnete und zur Europäischen Union geführt hat. Wo steht die EU heute, ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und angesichts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise?

NEUE IMPULSE FÜR EUROPA

Alle Europaexperten sind sich einig, dass der Vertrag von Lissabon einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem davor geltenden Vertrag von Nizza darstellt. Eine klare Ausrichtung auf ein Europa der Rechte und Werte sowie institutionelle Entwicklungen zur Demokratisierung der EU stellen wichtige Neuerungen dar. Auch ist zum ersten Mal ein Menschenbild in den EU-Verträgen verankert. Die Charta der Grundrechte, welche die Menschen- und Bürgerrechte im Rahmen der EU verzeichnet, ist nunmehr in das europäische Primärrecht eingebunden. Zudem wurden Grundzüge der sozialen Marktwirtschaft zur Definition des wirtschaftlichen Modells der EU in den Vertrag aufgenommen. Dies betont, dass der Markt keinen Selbstzweck darstellt, sondern nur im Dienste der Menschen stehen kann.

In 1945, the French resistance fighter and former concentration camp inmate of German-Jewish descent, Joseph Rován, published a now famous essay. In “L’Allemagne de nos mérites” (The Germany We Deserve) he called on France to reach out to Germany, to help democratic development and to contribute to reconciliation among the people. Rován believed France was morally obligated – towards the defeated country, towards France itself and not least to Europe – to do so, a fact that required both courage and historical vision. In this spirit Robert Schuman and Jean Monnet, then Charles de Gaulle and Konrad Adenauer worked for Franco-German reconciliation, opening the way to the process of European integration that led to the European Union. Where is the EU today, a year after the Treaty of Lisbon took effect and in light of the international financial and economic crisis?

NEW INITIATIVES FOR EUROPE

All European experts agree on that the Treaty of Lisbon represents a significant improvement over the previous compact, the Treaty of Nice. One important new aspect is a clear orientation towards a Europe of rights and values as well as institutional developments that will further democratise the EU. For the first time a vision of humanity is part of a European Union treaty. The Charter of Fundamental Rights, which lists human and civil rights in the EU, is now fully integrated into European primary law. In addition, the guidelines of the Social Market Economy were incorporated into the agreement in order to define the economic model of the EU. This emphasises that the market is not an end in itself, but can only stand in the service of humankind.

Ein wichtiges Merkmal des Vertrags von Lissabon liegt darüber hinaus in seinem Bestreben, die demokratische Legitimität der Europäischen Union zu stärken. Zu diesem Zweck wurden dem Europäischen Parlament neue Kompetenzen in Bezug auf die Gesetzgebung, den Haushalt und internationale Übereinkommen eingeräumt. Damit können das Europäische Parlament und der Ministerrat jetzt bei einem erheblichen Teil der EU-Rechtsvorschriften gleichberechtigt entscheiden. Dass der Vertrag dem Europäischen Parlament mehr Möglichkeiten gibt, Europa zu gestalten, wurde zum ersten Mal Anfang Februar 2010 deutlich: Die Europaabgeordneten lehnten das umstrittene SWIFT-Abkommen über die Weitergabe von EU-Bankdaten an die USA fraktionsübergreifend ab, was zur Erarbeitung eines neuen Textes führte, der die Prinzipien Datenschutz und Transparenz stärker berücksichtigt.

GESTÄRKTE SUBSIDIARITÄT

Seit dem Vertrag von Lissabon können sich die nationalen Parlamente in den europäischen Entscheidungsprozess stärker einbringen. So hat der Bundestag sein Recht zur Stellungnahme, mit dem er seine Auffassung zu den EU-Gesetzgebungsakten darlegen kann, zuletzt regelmäßig wahrgenommen. Seine Positionen kann die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen in den europäischen Räten nicht ignorieren. Darüber hinaus spielen die Parlamente der Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Auch wenn solche Verfahren nur wenige Chancen auf Erfolg haben – dafür muss ein Drittel der Parlamentskammern der 27 EU-Mitgliedstaaten mitmachen –, sind sie doch positiv zu werten, denn sie fördern die Diskussion über EU-Angelegenheiten in den Ländern. Sie bieten zudem den nationalen Parlamenten die Möglichkeit, durch gemeinsame Initiativen in Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip eine Debatte in den europäischen Institutionen in Gang zu bringen.

Als dritte Neuerung zur Demokratisierung der EU ist noch die „Europäische Bürgerinitiative“ zu nennen, die das Mitspracherecht der Bürger stärken soll: Sie können zukünftig per Unterschriftensammlung die Kommission auffordern, neue politische Vorschläge zu unterbreiten. Dafür ist eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Ländern nötig.



Der Vertrag von Lissabon.

The Book of the Lisbon Treaty.

An important feature of the Treaty of Lisbon lies also in its quest to strengthen the democratic legitimacy of the European Union. To this end, the European Parliament was granted new authority in regards to legislation, budget and international agreements. The European Parliament and the Council of Ministers now have an equal say on a substantial part of EU legislation. This treaty gives the parliament more opportunities to shape Europe, which became evident for the first time in early February 2010. Across party lines, Members of the European Parliament (MEP) rejected the controversial SWIFT agreement on the provision of EU banking data to the US. That led to the development of a new bill which takes into account the principles of data protection and more transparency.

SUBSIDIARITY STRENGTHENED

Since the Treaty of Lisbon – and in Germany also through accompanying national laws – national parliaments can become more involved in the European decision-making process. So the Bundestag has for example exercised its right to express its views on EU legislation, which it has exercised regularly in recent months. Of course, the federal government cannot ignore the parliament's position during negotiations in the European Council. In addition, the parliaments of the member states play an important role in monitoring the compliance with the principle of subsidiarity in the EU. Although such methods have little chance of success – since a third of the parliamentary chambers of the 27 EU member states have to participate – this is still considered a positive development as they promote the discussion of EU affairs around Europe. They also offer national parliaments the opportunity to network and to initiate a debate in European institutes through joint initiatives on the principle of subsidiarity.

DIE MONNET-METHODE

Diese Bürgerinitiative ist zurzeit in der Vorbereitungsphase und daher noch nicht einsetzbar. Die Prozesse der EU-Integration waren immer langsam. Nur schrittweise konnte man aus Europa ein Gebiet des Friedens, der Freiheit, der Stabilität und des Wohlstands machen. Auch der Vertrag von Lissabon war das Ergebnis eines langen Verfahrens, bei dem nicht zuletzt das Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 eine entscheidende Rolle gespielt hat. Insofern war auch nicht zu erwarten, dass alle Artikel des Lissabonner Vertrags in wenigen Monaten implementiert werden konnten. Die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) oder die Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verlangen einfach Zeit. In europäischen Angelegenheiten gilt nach wie vor die Monnet-Methode: Die Kooperation soll da voranschreiten, wo es gerade möglich ist.

STRATEGIEN GESUCHT

Gleichzeitig ist es auch unentbehrlich, dass die EU weiß, in welche Richtung sie sich weiter entwickeln will, denn die Verträge können lediglich die Instrumente zum Handeln liefern, nicht aber die politischen Ziele definieren. Daher müssen alle Institutionen der europäischen und nationalen Ebene, die für die Entwicklung der Europapolitik zuständig sind, an einem Strang ziehen und sich gegenseitig vertrauen. Darüber hinaus braucht die EU solide, langfristige Strategien, die mit allen EU-Mitgliedsländern abgestimmt sind und den Mehrwert des Vertrags von Lissabon darstellen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die EU in der Lage ist, neue Strategien zu entwickeln, um ihre gemeinsame Währung sowie ihre Wirtschaftskraft zu schützen. In diesem Kontext hat Deutschland, vor allem durch seine Stabilitätskultur, eine entscheidende Rolle gespielt.

Solche Strategien sollten nun in verschiedenen Bereichen entwickelt werden: Welche europäische Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir entwickeln? Was will die EU mit ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erreichen, und wie lässt sich diese mit der NATO koordinieren? Wie soll die neue Reformstrategie „Europa 2020“ zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung durch Innovation effektiv durchgesetzt werden? Nur dank klarer Strategien wird die EU in der Lage sein, ihren Integrationsprozess

A third innovation in the democratisation of the EU should be mentioned – dubbed the European Citizen’s Initiative – that will strengthen the voice of the citizens. In future, they can petition the European Commission to bring forward new policy proposals, a process that requires one million signatures from at least seven EU countries.

THE MONNET METHOD

This citizens’ initiative is currently in the preparatory phase and so not yet applicable. The process of EU integration has always been slow. Only gradually was Europe able to become a peaceful region with freedom, stability and prosperity. The Treaty of Lisbon was the result of a long process in which the failure of the 2005 EU Constitution played a crucial role. So it could not be expected that all items of the Treaty of Lisbon could be implemented in just a few months. The creation of a European External Action Service (EEAS) or the development of a Common Security and Defence Policy (CSDP) simply requires time. In European affairs, the Monnet Method, named after Jean Monnet, one of the architects of European unity, still applies: Cooperation should proceed wherever possible.

SEARCHING FOR STRATEGIES

At the same time, it is essential that the European Union knows which direction it aims to take, since EU treaties can only provide the tools to act but not define policy objectives. Therefore, all institutions of European and national level that are responsible for the development of European policy have to join forces and trust each other. In addition, the EU needs solid, long-term strategies that are coordinated with all EU member countries and represent the actual added value of the Treaty of Lisbon. The financial and economic crisis has shown that the EU is perfectly capable of developing new strategies in order to protect the common European currency as well as its economic power. In this context Germany, in particular through its culture of stability, has played a crucial role.

Such strategies should now be developed in various areas: Which foreign and security policies, for example, should be developed? What does the EU want to achieve with the CSDP and how should it coordinate with NATO? How can the EU reform strategy Europe 2020, on sustainable growth and employment through inno-



Abgeordnete im Europäischen Parlament stimmen im Dezember 2004 über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab.

Legislators in the European Parliament voted in December 2004 on whether to begin negotiations with Turkey over its joining the European Union.

erfolgreich fortzusetzen, ihre Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts zu finden sowie die Erwartungen ihrer Bürger zu erfüllen.

EUROPAS BÜRGER

Eine besonders große Herausforderung besteht darin, die Bevölkerung von der Richtigkeit des europäischen Einigungsprozesses zu überzeugen und sie stärker einzubinden. Ohne Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit wird die EU langfristig nicht überleben können. Aus diesem Grund muss viel mehr über den Mehrwert, den sie für alle Bürger darstellt, kommuniziert werden. Es ist z. B. wichtig zu betonen, wie sehr Deutschland wirtschaftlich von der gemeinsamen Währung, dem europäischen Binnenmarkt sowie von der Kohäsionspolitik der EU profitiert. Deshalb war die Beteiligung der Bundesrepublik an der Finanzhilfe für Griechenland, am Euro-Rettungsschirm sowie an der Entwicklung eines permanenten Krisenmechanismus wichtig und richtig – zu Gunsten Europas und zu Gunsten Deutschlands. Längst sind die nationalen Interessen unseres Landes fest mit den europäischen Interessen verbunden. Dies ist auch der Grund, warum Europapolitik nicht mehr als klassische Außenpolitik zu verstehen ist.

SCHEIDEWEG

Als Motor des europäischen Einigungsprozesses stand für die Länder Europas immer die Notwendigkeit, ihre Divergenzen zu überwinden, um zusammen besser auf gemeinsame Herausforderungen reagieren zu können. Heute gibt es mehr denn je Gründe, den Einigungsprozess fortzusetzen. So kann die Finanz- und Wirtschaftskrise nur über eine stärkere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten überwunden werden. Ferner werden die Länder Europas im Zeitalter der Globalisierung und des steigenden Gewichts der sog. BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) auf der internationalen Ebene nur noch gemeinsam punkten können. Unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen stehen auf dem Spiel, aber auch unsere gemeinsamen Werte. Es liegt an uns Europäern, unsere Zukunft in die Hand zu nehmen. Wir werden das Europa haben, das wir verdienen.

vation, be enforced effectively? Only through clear strategies will the EU be able to continue its integration process successfully, find its role in the world in the 21st century and meet the expectations of its citizens.

EUROPE'S CITIZENS

A major challenge is to convince the people of the validity of the European integration process and to involve them more closely. The EU will not survive long term without broad public support. For this reason the EU must express much more clearly the added value that the EU represents for all its citizens. It is important to emphasise, for example, how Germany benefits from the single currency, the European single market as well as from the policy of cohesion of the EU economy. The participation of the Federal Republic of Germany in the financial aid package for Greece, in the rapid reaction stabilisation fund and the development of a permanent mechanism to confront crises was important and necessary – for the sake of Europe and for the sake of Germany. Our country's national interests have long been firmly linked to European interests, which is one reason why European policy no longer fits the model of traditional foreign policy.

CROSSROADS

The driving force for European countries has always been the need to overcome differences in order to better respond to common challenges in a united fashion. Today more reasons than ever exist to continue the process of European integration. The financial and economic crisis will be resolved only by more closely coordinating the EU's financial and economic policies. Furthermore, the countries of Europe, in the era of globalisation and the increasing influence of the BRIC countries (Brazil, Russia, India and China), can score points at international level only by working together. Our economic and political interests are at stake; our common values are, too. It is up to us Europeans to take our future into our hands. We will have the Europe we deserve.